

Globale Mindeststeuer: Konzerne endlich in die Pflicht nehmen!

Mit dem neuen Präsidenten in den USA kommt Schwung in weltwirtschaftliche Debatten. Zuerst setzte Joe Biden mit Billionen-schweren Konjunktur- und Investitionspaketen neue Standards, von denen sich Europa etwas abgucken kann. Dann kündigte er Steuererhöhungen für Unternehmen und Reiche an. Jetzt hat US-Finanzministerin Janet Yellen eine weltweite Mindeststeuer ins Spiel gebracht, um das globale Problem der Steuerflucht von multinationalen Großkonzernen zu begrenzen. Die internationale Diskussion um eine solche Mindeststeuer war zuletzt ins Stocken geraten. Es ist gut, dass jetzt neue Bewegung aufkommt.

Schätzungen eines internationalen Ökonomen-Teams zufolge, verschieben Konzerne rund 40 Prozent ihrer Gewinne in Steueroasen, um dem höheren Steuersatz am Ort der Wertschöpfung zu entgehen. Die Länder, in denen diese Unternehmen ihre Güter und Dienstleistungen produzieren, verlieren auf diese Weise insgesamt Hunderte von Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr, während wenige Steueroasen so ihre Staatseinnahmen aufbessern. Deutschland verliert nach diesen Schätzungen jährlich 26 Prozent seiner möglichen Unternehmenssteuereinnahmen und steht damit in Europa ganz oben auf dem Verlierertreppchen. Irland profitiert als ausgewiesenes Steuerparadies hingegen (siehe Grafik).

Mit einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen würde sich die Gewinnverschiebung in Steueroasen weniger lohnen. Bisher im Rahmen der Industrieländer-Organisation OECD diskutierte Vorschläge sehen vor, dass der Staat, aus dem die Gewinne abgezogen werden, diese dennoch mit der Differenz zwischen dem eigenen und dem fremden Steuersatz (im Steuerparadies) belasten könnte. So würden Staatseinnahmen gesichert und Anreize zur Steuerflucht reduziert.

Wie wirksam eine globale Mindeststeuer ist, hängt insbesondere von der Bemessungsgrundlage – also von Art und Umfang der Gewinne, für die sie gelten soll – und vom Steuersatz ab. Während in bisherigen Debatten meist eher niedrige Steuersätze zwischen 12,5 und 17,5 Prozent diskutiert wurden, sollen die USA Zeitungsberichten zufolge jetzt 21 Prozent ins Gespräch gebracht haben. Ein solcher Satz würde sicherlich Wirkung zeigen. Progressive Ökonomen und FinanzpolitikerInnen zeigten sich darüber entsprechend erfreut.

Sowohl Frankreichs Finanzminister als auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben schon ihre Zustimmung zu Yellens Vorschlägen betont. Die Finanzminister der in der G20 versammelten Industrie- und Schwellenländer haben vergangene Woche angekündigt, bis zum Sommer entsprechende Beschlüsse vorzubringen. Das dürfen keine leeren Worte bleiben. Die Corona-Krise hat weltweit nicht nur riesige Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen. Sie hat auch klar gemacht, dass es eine Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Staaten braucht – für bessere Gesundheitssysteme und mehr Investitionen. Gleichzeitig haben viele multinationale Unternehmen trotz, oder gar wegen der Pandemie, dicke Profite eingefahren. Es kann nicht sein, dass diese Konzerne sich weiter vor dem Steuerzahlen drücken!

